



Sozialbindung muß verlängert werden. Mit der Verlängerung der Sozialbindung, der Beschleunigung der Bauleitverfahren und der Erleichterung der Bautätigkeit sorgt die CDU-Fraktion dafür, daß künftig zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum in Wiesbaden entstehen wird.

Eine Mietpreisbremse bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften lehnt die CDU in diesem Zusammenhang ab. Dies führe lediglich dazu, daß den Gesellschaften das Kapital entzogen wird.

Die Folge: Das Geld für den Bau neuer und die Sanierung alter Wohnungen fehlt, die Qualität der Wohnungen geht zurück.

Die Verlängerung der Sozialbindung wird dazu führen, daß auch künftig deutlich mehr Wohnungen für Menschen mit kleinen Einkommen angeboten werden können.

Hierfür will die CDU 30 Millionen Euro im Haushalt bereitstellen. Wer die Sozialbindung nicht sichert, ist verantwortlich dafür, daß die Mieten in Zukunft steigen.

Der Wohnungs- und Sozialdezernent ist aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung schnell einen seriösen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten.

Die CDU-Fraktion setzt sich ebenfalls dafür ein, genügend bezahlbaren Wohnraum auch für

Mieter mit mittleren Einkommen anbieten zu können. Aus diesem Grund ist die Anzahl der Sozialwohnungen bei den städtischen Gesellschaften, heute sind dies 30 Prozent, ausreichend.

Ausdrücklich gefordert auch eine Beschleunigung der Bauleitverfahren und eine Zunahme der Bautätigkeit. Wir sorgen schon jetzt dafür, daß rascher gebaut werden kann, wir sind sicher, daß dies funktioniert.

Derzeit ist allerdings auch zu beobachten, daß sich die Entwicklung beim Kasteler Ostfeld aufgrund unterschiedlicher politischer Wünsche und Vorstellungen verzögert. Auch bei der Entwicklung des Linde-Areals in Kostheim drohen Verzögerungen, welche die SPD zu verantworten hat.

Dabei könnten dort rasch 800 Wohnungen, darunter 170 Sozialwohnungen, für eine spürbare Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Dies sind mehr Sozialwohnungen, als in Wiesbaden im vergangenen Jahr insgesamt gebaut wurden.